

Wehrtechnische Industrie – Anforderungen an die Landespolitik

Im Folgenden geht es um die Gestaltung sowie die industriepolitische Begleitung des Strukturwandels, der in den kommenden Jahren die Wehrtechnische Industrie und damit einen wichtigen Technologiemosor der bayerischen Industrie erfasst. Dieser Strukturwandel kann auch in Bayern sehr viele gute Arbeitsplätze gefährden.

Ausgangssituation:

- Am 16. März dieses Jahres hat das Bundeskabinett die Eckwerte für den Regierungsentwurf des Bundeshaushalts 2012 sowie für die Finanzplanung bis 2015 beschlossen. Die in diesem Zuge vereinbarte Konsolidierung des Verteidigungshaushalts, die in erster Linie der Aussetzung der Wehrpflicht und einer Reduzierung der Truppenstärke Rechnung tragen soll, hat erhebliche Auswirkungen auf die Wehrtechnische Industrie und ihre Beschäftigten.
- Die angespannte Haushaltslage in vielen EU-Staaten wird zukünftig die Spielräume für wehrtechnische/militärische Beschaffungen ebenfalls deutlich verringern. Es ist zu erwarten, dass nationale Beschaffungsprogramme zunehmend nicht mehr finanzierbar sind.
- Der Versuch aller europäischen Wehrtechnikanbieter durch Erfolge im Export für eine Auslastung der vorhandenen Kapazitäten zu sorgen, kann angesichts begrenzter Märkte nur zu ruinösem Wettbewerb führen. Dies stellt vor allem die Klein- und mittelständischen Unternehmen, die überproportional in Bayern angesiedelt sind, vor neue Herausforderungen.

1. Annahmen und Szenarien

- Volumenstarke Beschaffungsvorhaben sind in Europa weitgehend vergeben, Großprojekte in den nächsten Jahren nicht mehr zu erwarten. Ausnahmen bilden hier u.a. die „Unbemannten Aufklärungssysteme“ und ein neuer Schwerlasthubschrauber
- Zuwächse in den Verteidigungshaushalten werden künftig vor allem in Indien, Brasilien und auch in den Ländern Nordafrikas bis hin zur Golfregion erwartet. Da diese Länder weitgehend auf Produktionskapazitäten anderer Länder angewiesen sind, könnten hier Chancen für die deutsche Wehrtechnikindustrie liegen. *Problem:* Angesichts des verstärkten Wettbewerbsdrucks und insbesondere auch der Konkurrenz durch US-amerikanische Anbieter, die vor dem Hintergrund der Reduzierungen im US-Verteidigungshaushalt sich internationaler ausrichten, ist nicht davon auszugehen, dass diese milliardenschweren Auftragsvolumen gänzlich nach Europa oder gar Deutschland fließen werden. Zusätzlich erwarten diese Länder bei langfristigen Aufträgen den Aufbau von Fertigungen vor Ort im Land (Beispiele Israel, Indien, ...).

- Die Unternehmen verstärken - auch angesichts der zunehmenden internationalen Wettbewerbssituation - ihre Bemühungen, die Kapazitätserhaltung und Versorgung vor allem der jeweiligen Bedarfe der *nationalen* Armee abzudecken. *Problem:* Öffentliche Budgetrestriktionen reichen nicht für eine kontinuierliche Auslastung industrieller Kapazitäten.
- Absprachen bezüglich einer auf Europa ausgerichteten industriellen Arbeitsteilung, die sich an den spezifischen Fähigkeiten der jeweiligen EU-Mitgliedsländer ausrichtet, sind angesichts der nationalen Politiken eher unwahrscheinlich.
- Die großen europäischen wehrtechnischen Unternehmen orientieren sich zunehmend am Weltmarkt und agieren dort als Konkurrenten. *Problem:* Das Nachsehen haben insbesondere die klein- und mittelständischen Unternehmen.
- Eine zersplitterte, kleinteilige deutsche und europäische Wehrindustrie wird zunehmend weniger in der Lage sein, aufwendige technologische Entwicklungen zu finanzieren und international mithalten zu können.
- Viele der in der Entwicklung teure Zukunftstechnologien haben über den militärischen Bereich hinaus auch große Bedeutung für die zivile Nutzung (z.B. Luftfahrtindustrie). Dazu zählen beispielsweise: extremer Leichtbau, Mikrosysteme, Entwicklung der Optronik und Sensorik, Biotechnologien, Automation und Robotik sowie Werkstofftechnologie.
- Zugänge zum lukrativen Nordamerikanischen Markt sind in Ansätzen (Marine-Getriebe, Hubschrauber) vorhanden, aber in der Regel nur mit amerikanischen Partnern für die Großunternehmen der Branche umsetzbar.

2. Möglichkeiten staatlicher Industriepolitik

Industriepolitik kann den Strukturbruch und den Strukturwandel in der Wehrtechnischen Industrie unterstützen und gleichzeitig steuern durch

- Bildungs- und Forschungspolitik (ohne Domäne der Länder),
- Förderung der Entwicklung von Basistechnologien,
- Förderung der Ansiedlung neuer Produktionen,
- gezielte Förderung der regionalen Vernetzung der Forschungs- und Entwicklungsanstrengungen,
- regionale Vernetzung und Unterstützung der Politik bei der Gewinnung von Forschungsaufträgen des Bundes und der EU,
- sowie der Ausgestaltung neuer Anforderungen (z.B. unbemannte Systeme; Schutz),
- Erhalt und Weiterentwicklung der bestehenden regionalen Wertschöpfungsketten,
- Erhalt von wehrtechnischen Kernfähigkeiten;
- *Grundlegende Lageeinschätzung:* Absichten und Ziele in der Verteidigungspolitik müssen geklärt werden. Daraus abgeleitet gilt es, industriepolitische Schlussfolgerungen zu formulieren.

3. Anforderungen an die bayerische Landespolitik

Die IG Metall erwartet von der Staatsregierung eine proaktive Industriepolitik

- Wir fordern die Staatsregierung auf, eine Bestandsaufnahme der Wertschöpfungskette Wehrtechnik in Bayern zu veranlassen. Diese soll den Fokus auf die Situation der Unternehmen und ihrer Zulieferer, eine Technologiefolgenabschätzung sowie die Auswirkungen der veränderten (politischen) Rahmenbedingungen auf die Arbeitsplätze legen.
- Schnelle und massive Einflussnahme auf die Bundeswehrplanung 2012 des Verteidigungsministeriums, um Arbeitsplätze in Bayern langfristig zu sichern
- Wirtschaftsförderung sicherstellen und attraktive kurz-, mittel- und langfristige Konzepte für Standortpolitik zusammen mit den Kommunen und Bezirksregierungen entwickeln, mit dem Ziel, die Arbeitsplätze in dieser Branche zu erhalten
- Stückzahlreduzierungen bei laufenden Programmen müssen mit Einstiegen in die Forschung, Entwicklung und Produktion von neuen Programmen verknüpft werden. Ziel muss es sein die Entwicklungs- und Konstruktionskapazitäten in den Unternehmen langfristig abzusichern. Ansonsten droht der Rückfall in eine Ära, wo nur Programme ausländischer Konzerne teilweise vor Ort in Lizenz gefertigt werden können.
- Unterstützung beim Erhalt von Bundeswehrstandorten in Bayern auch im Hinblick auf Kooperation und Nutzung durch die wehrtechnische Industrie und auch die zivile Industrie.
- Bereits vorhandene technologische Stärken nutzen und in den Ausbau neuer Zukunftstechnologien (wie z.B. stationärer Antriebe für Windenergie) einbringen.
- Aufrechterhaltung des Fliegerhorstes Lagerlechfeld bei Augsburg. Über diesen Standort erfolgt von Premium Aerotec der Transport der großen Strukturteile für Airbus.
- Erhalt und Ausbau des Kooperativen Modells der MTU am Fliegerhorst Erding

Aktiv Einfluss nehmen auf die Vergabe von öffentlichen Aufträgen

- Langfristige Kooperationen zwischen Industrie und öffentlichem Auftraggeber fördern und ausbauen
- Mehr private und öffentliche Aufwendungen für Forschung und Entwicklung sicherstellen, um in die Zukunftsfähigkeit der Wehrtechnik zu investieren
- Aktive Unterstützung der Unternehmen EADS (Cassidian, Eurocopter, Premium Aerotec), KMW, MBDA, Renk, RUAG bei der Gewinnung neuer Aufträge durch den öffentlichen Auftraggeber in Deutschland und im Ausland

Erhalt der Entwicklungs- und Konstruktionskompetenz in den Unternehmen

- Bei fehlenden Anschlussaufträgen besteht die Gefahr, dass Forschungs-, Entwicklungs- und Konstruktions-Kapazitäten abgebaut werden und somit dauerhaft Knowhow und damit einhergehend die Fähigkeit zur eigenständigen Entwicklung verloren geht.

Kooperationen auf europäischer Ebene fördern

- Eine Stärkung der nationalen sowie der bayerischen Wehrtechnischen Industrie setzt eine enge europäische Kooperation der einzelnen Länder bei der Beschaffung wehrtechnischer Güter voraus (Europäische Kernfähigkeiten). Dies gilt besonders vor dem Hintergrund ähnlicher Haushaltslagen und erwarteter technisch bedingter Kostensteigerungen.

Qualifizierungsbedarf

- Förderung betrieblicher Qualifizierungsmaßnahmen, ggf. zusammen mit der Arbeitsagentur in Bayern
- Förderung der Weiter- und Umqualifizierung der Fachkräfte in der Wehrtechnischen Industrie in Zusammenarbeit mit den IHKs und den Verbänden
- Überprüfung und ggf. Neuausrichtung der entsprechenden Ausrüstung und Ausstattung der beruflichen Bildung

Förderung an den Hochschulen und in der Forschung

- Ausbau der Vernetzung von Forschungs- und Hochschulaktivitäten
- Koordinierte Abstimmung auf Landesebene (Politik und Unternehmen) bei der Vergabe von Fördermitteln aus dem Wehretat bzw. Luftfahrtförderprogrammen

Basistechnologien

- Forschungsförderung der Betriebe der wehrtechnischen Industrie bei Basistechnologien und neuen Werkstoffen
- Förderung der Initiativen mit Leichtbau-Materialien

Steuerung des Strukturwandels: Wir setzen auf Dialog!

- Etablierung eines bayerischen „Dialog Wehrtechnische Industrie“ unter Beteiligung von Wirtschaft, Wissenschaft, der Politik und der Gewerkschaften.
- Die Dialogplattform soll als Frühwarnsystem für die Beobachtung der Branche und für die Auswirkungen auf dem Arbeitsmarkt fungieren und die politischen Entscheidungen vorbereiten.